

# Der Zeitungs-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin NW, Memeler Str. 8/9  
Verleger: Rudolf Hübner, 1070 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphische Adressen: Zeitungs-Pragis Berlin

Beizungelt seid Ihr nichts — Vereintgt alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen- und Werbungsgebühren sind an Otto Behms, Berlin O. 34  
Memeler Straße 8/9 (Postfach 5388), zu richten. — Bezugs-  
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 M.  
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreispaltige Zeile.

## Gegen verschleierte Betriebsstillegungen!

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband fordert Maßnahmen gegen Betriebsstillegungen, die von den Unternehmern zur Erreichung von verschlechterten Arbeitsbedingungen vorgenommen werden.

Mehr und mehr war in letzter Zeit zu beobachten, daß eine Anzahl Unternehmer die jegliche schwere Wirtschaftskrise als den gegebenen Zeitpunkt betrachten, längst geplante, doch bisher an dem Widerstand der Arbeiterschaft gescheiterte Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, in die Tat umzusetzen. Mit der Drohung von Betriebsstillegung versucht man die Arbeiterschaft für einen geplanten Lohnabbau und für sonstige Verschlechterungen gefügig zu machen.

Könnten durch das Wirken der Organisation in zahlreichen Fällen derartige Anschläge der Arbeitgeber abgewehrt werden, so haben wir aber doch Fälle zu verzeichnen — hauptsächlich dort, wo die Organisationsverhältnisse schlecht stehen — wo es den Unternehmern gelang, der Arbeiterschaft als wirtschaftlich schwächeren Teil, ihren Willen aufzuzwingen. Es blieb aber nicht allein bei der Ankündigung von Stillegungen, sondern man hat auch, angeblich wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten, die Betriebe stillgelegt, um sie dann nach kurzer Zeit mit herabgesetzten Löhnen, verschlechterten Arbeitsbedingungen usw., wieder zu eröffnen.

Die Verbandsleitung hat es sich angelegen sein lassen, diesbezügliches Material zu sammeln und dieses für eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium verwertet. Sie fordert darin vom Reichsarbeitsministerium Maßnahmen, die derartige, die Arbeiterschaft schwer schädigende Vorkommnisse, in Zukunft unterbinden.

Nachstehend lassen wir den Wortlaut der Eingabe folgen.

An das Reichsarbeitsministerium,  
Berlin, den 6. Mai 1926.  
z. H. des Herrn Reichsarbeitsministers Dr. Brauns,  
Berlin NW 40,  
Scharnhorststraße 35.

Betrifft: Betriebsstillegungen als Mittel zur Erreichung verschlechterter Arbeitsbedingungen.  
Die unterzeichnete Verbandsleitung erlaubt sich, das Reichsarbeitsministerium auf gewisse Fälle von angekündigten und durchgeführten Betriebsstillegungen hinzuweisen, die innerhalb der Arbeitnehmererschaft größte Beunruhigung und Erregung hervorgerufen haben.

Es häufen sich die Fälle, wo uns bekannt wird, daß Betriebsstillegungen angekündigt und durchgeführt werden, um einen Lohnabbau herbeizuführen.

Aus einer ganzen Anzahl unserer Verwaltungsstellen wird uns darüber Mitteilung gemacht und bringen wir nachstehend dem Reichsarbeitsministerium eine Reihe derartiger Fälle zur Kenntnis.

Die Firma Flachstöbe G. m. b. H. in Irlitz (Bezirk Breslau) hat am 23. März 1926 Betriebsstillegung beantragt. Die Stilllegung wurde aber nicht durchgeführt, weil sich die Arbeiter verpflichtet, für den von der Firma gekürzten Lohn zu arbeiten. Bei einer Verhandlung mit der Firma Kramsta in Freiburg (Schlesien), die sich mit dem Lohnabbau der genannten Firma in der Flachstöbe Merzdorf beschäftigte, wurde von Arbeitnehmerseite ein Lohnabbau abgelehnt. Auf diese Ablehnung hin erklärte die Firma ganz offen, die Stilllegungsanzeige einzuziehen und später den Betrieb zu ihr genehmen Lohnbedingungen wieder zu eröffnen.

Bei einer Stillegungsverhandlung in Dülken am 19. März 1926 wurde von dem Vertreter der Firma Ed. u. H. Beckerath, Dülken, erklärt, die Stilllegung sei beantragt, weil der Syndikus des Schuhverbandes niederrheinischer Seidenwebereien die Mitgliedsfirmen angewiesen habe, vorsorglich Stilllegung zu beantragen.

Im März d. J. hat eine Anzahl sächsischer Textilarbeiter als Vorkehrungsmaßnahme beim sächsischen Arbeitsministerium um Genehmigung zur Betriebsstillegung nachgesucht.

Die Firma Tierener Baumwoll-Felweberei A.-G. in Bieren hat im Jahre 1924 ihren Betrieb stillgelegt. Dieser wurde nach kurzer Zeit wieder eröffnet und mit reduzierter Arbeiterzahl und verschlechterten Arbeitsbedingungen fortgeführt (es wurden die Akkordlöhne gekürzt und statt der Dreifüßbedien- nung eingeführt). Im Dezember 1925 stellte die Firma wiederum Stilllegungsantrag, der jedoch abgelehnt wurde.

Wies es in vorstehenden Fällen bei dem Versuch, Betriebsstillegungen vorzunehmen, die Erregung in den Reihen der Arbeiterschaft auslösen mußten, so sei nachstehend eine Reihe von Fällen angeführt, in denen es zur tatsächlichen Stilllegung kam.

Der Betrieb der Firma Weber u. Co., Flachspinnerei, in Hattorf, wurde am 4. November 1925 stillgelegt. Im Verlauf der diesbezüglichen Verhandlungen erklärte sich die Firma bereit, den Betrieb fortzuführen, wenn von der in jener Zeit vereinbarten Lohnhöhe ein Abstand genommen würde. Da dieses von Arbeiterschaft abgelehnt wurde, kam es zu der schon erwähnten Stilllegung. Am 2. Januar 1926 wurde der Betrieb, nachdem sich die Arbeiter einverstanden erklärt hatten, wieder eröffnet.

Die Firma Friedrichs, Erste Berliner Dampfschiffahrt-Spinnerei in Berlin-Weißensee, legte Mitte Dezember 1925 ihren Betrieb still. Am 2. Januar 1926 wurde dieser mit einer verringerten Arbeiterzahl und einem Lohnabbau von rund 20 Proz. wieder eröffnet.

Die Firma Flachstöbe Konstanz G. m. b. H. in Konstanz (Ober- schlesien) hat unter Angabe wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihren Betrieb am 20. Februar 1926 stillgelegt. Bei der Wiedereröffnung am 29. März 1926 wurden nur Arbeiter eingestellt, die sich verpflichteten

1. für einen verkürzten Lohn — um 7½ Pf. pro Stunde bei den männlichen und 6 Pf. pro Stunde bei den weiblichen Beschäftigten — zu arbeiten;

2. wenn sie den Nachweis erbringen, daß sie nicht mehr Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes sind.

Bei einer Verhandlung am 12. März 1926, welche die Stilllegung des Betriebes der Firma Held, Leinwandweberei in Fried- land (Bezirk Breslau) betraf, wurde den Vertretern der Arbeiterschaft von der Betriebsleitung folgendes zugestanden:

Bei der Wiedereröffnung des Betriebes wird die Neuein- stellung der Arbeiter im Benehmen mit dem Betriebsrat vor-

genommen. Die wirtschaftliche Lage der Neueinstellenden soll gebührend berücksichtigt werden. Die Entlassung der Arbeiterschaft soll keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses bedeuten, d. h. die sozialen Rechte des Tarifvertrages sollen aufrechterhalten bleiben.

Der Betrieb wurde daraufhin am 31. März 1926 stillgelegt. Bei der Wiedereröffnung am 13. April 1926 wurde die Vereinbarung seitens der Firma nicht eingehalten. Der Betriebsrat wurde nicht wieder eingestellt. Die Akkordlöhne wurden erheblich gekürzt und den Neueinstellenden statt der Dreifüßbedien- nung übertrugen.

Ein Hinweis der Arbeitervertreter, daß die Firma die Betriebs- stilllegung wohl nur vorgenommen habe, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, wurde von der Firma anerkannt.

Die Firma Einslein u. Maier in Göppingen hat die Abteilung „Belegerei“ ihres Betriebes am 17. März 1926 stillgelegt. Die Firma läßt jetzt die der Abteilung obliegenden Arbeiten als Heimarbeit ausführen. Zwei Arbeiterinnen, welche zu den von der Firma herabgesetzten Akkordlöhnen zu arbeiten gewillt waren, werden weiter beschäftigt.

In Elmloch l. Sa. hat die Firma Stelmann, Wertwarenfabrik, ihren Betrieb am 31. Dezember 1925 stillgelegt. Am 4. Januar 1926 wurde dieser wieder eröffnet. Der Arbeiterchaft wurde ein Revers zur Unterzeichnung vorgelegt, der folgende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen vorsah:

„Eintägige Rüstung wird eingeführt. Statt bisher vier, sind in Zukunft sechs Maschinen zu übernehmen. Für ein Kilo Fertigware, für das vor der Stilllegung für Verarbeitung 84 Pf. gezahlt wurde, werden nur noch 32 Pf. gezahlt.“

Die Vogtländische Tüllfabrik in Plauen l. V. hatte ihren Betrieb stillgelegt. Nach zweitägiger Stilllegung wurde dieser wieder eröffnet und eine Lohnreduzierung von 10 Proz. vorgenommen.

Die Tüllfabrik Mehlauer l. V. eröffnete ihren Betrieb nach eintägiger Stilllegung wieder und mußte sich die Arbeiterschaft mit einem Lohnabbau von 20 Proz. einverstanden erklären.

Die Firma J. Wankler in Plauen hat, nachdem ihr Betrieb sechs Tage stillgelegt, selbiger wieder eröffnet und eine Lohnreduzierung von 20 Proz. vorgenommen.  
Die Firma Hilbert u. Dreßler in Niederwiesenthal l. Sa. hatte Betriebsstillegung angekündigt und der Arbeiterschaft das Arbeitsverhältnis aufgelündigt. Einen Tag vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses teilte sie einem Teil der Arbeitnehmer mit, daß sie als neue Arbeiter weiter beschäftigt werden können, wenn sie einen Revers unterschreiben, in dem sie sich einverstanden erklären, daß die Löhne herabgesetzt werden.

Die Firma Ed. Döhler in Cengeln l. N. wurde vor Wiedereröffnung des stillgelegten Betriebes ein Schreiben gerichtet, wonach sich diese bei Arbeitsaufnahme verpflichten sollten, 20 Proz. billiger zu arbeiten. Bei der Wiedereröffnung des Betriebes wurde der Betriebsrat nicht wieder eingesetzt.

Die Firma Marschel-Frank-Sachs A.-G. in Chemnitz hat ihren Betrieb mit 1500 Beschäftigten am 13. März stillgelegt. Am 22. März sollte dieser mit einer Lohnreduzierung von 30 Proz. und mit Einführung einer neuen Arbeitsordnung wieder eröffnet werden. Durch Verhandlungen war es möglich, den geplanten Lohnabbau zum Teil ganz aufzuheben, zum Teil auf 8 bis 10 Proz. herabzumindern. Der Betrieb wurde mit einer verminderten Beschäftigtenzahl wieder aufgenommen.

Der Betrieb vorgenannter Firma in Böhrigen bei Rößwein liegt schon seit längerer Zeit still. (Die Firma sollte auf Verlangen der Behörde eine neue Kalandanlage bauen, sie lehnte dieses aber ab und legte den Betrieb still.)

Anfang April 1926 hat die Firma den Arbeitern bekanntgegeben, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen könnten, wenn sie mit einer Lohnreduzierung von 20 Proz. einverstanden sind; auch sollte in der Arbeitsordnung die Kündigungsklausel beseitigt werden.

Der Betrieb Spinnweberei Barth u. Co. A.-G. in Leipzig wurde im Januar 1926 stillgelegt. Die Abteilung „Konfektion“ konnte nach zwei Tagen wieder arbeiten, hingegen die Abteilung „Spinnweberei“ erst später wieder arbeiten.

Den sich meldenden Webern wurde erklärt, daß sie u. a. eine neue (verschlechterte) Arbeitsordnung anerkennen müssen, auch sollte die Ferienregelung eine bedeutende Verschlechterung erfahren.

Die Weber haben zu diesen Bedingungen nicht gearbeitet. Am 3. Mai 1926 war es möglich, durch Verhandlungen die Differenzen beizulegen.

Die Baumwollspinnerei Liebermann in Falkenau l. Sa. hatte ihren Betrieb Ende März 1926 stillgelegt. Nach zwei Wochen wurde der Betrieb wieder geöffnet und mußten sich die wieder- einretretenden Arbeiter unterschreiben, daß sie nur vorübergehend eingestellt sind; auch wurden die Akkordlöhne um 15 bis 18 Proz. gekürzt.

Der Betrieb der Firma Spinnstoff-Werke A.-G. in Glauchau in Sachsen hat im Januar 1926 etwa vier Wochen stillgelegt. Nachdem sich die Arbeiterinnen mit einer Lohnherabsetzung von 20 Proz. (Akkordlöhne) einverstanden erklärten, ist die Arbeit am 5. Februar 1926 wieder aufgenommen worden.

Erwähnenswert erscheinen uns in diesem Zusammenhange auch gewisse Vorgänge in der Zuteilindustrie.

Aus Baugen wird uns gemeldet, daß die Betriebe Baugen und Oppeln der Vereinigten Jute- und Webereien A.-G., Silesien, stillgelegt wurden.

In anderen Betrieben dieser Firma wird aber nicht nur noch vollgearbeitet, sondern es wurde in letzter Zeit die Arbeitszeit von 48 auf 51 Stunden verlängert. Außerdem plant die Firma die Einführung des Dreifüßsystems.

Es kann unseres Erachtens nicht im Interesse der Wirtschaft liegen, große leistungsfähige Betriebe stillzulegen, um auf der anderen Seite Verlängerung der Arbeitszeit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vorzunehmen.

Vorstehend angeführte Fälle sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der großen Anzahl diesbezüglicher Vorkommnisse. Stilllegungen anzuführen und durchzuführen, um Verschlechterun-

gen der Arbeitsbedingungen vorzunehmen, kann unseres Erachtens nicht im Sinne der Stillegungsverordnung liegen. (Wir verweisen hierbei auch auf die Entscheidung des Reichsgerichts vom 16. Februar 1926 — Aktenzeichen III 425/1925.)

Um derartige Vorkommnisse in Zukunft zu unterbinden, ersuchen wir das Reichsarbeitsministerium, diesen Vorgängen die größtmögliche Aufmerksamkeit zu widmen und bitten, die obersten Landesbehörden anzuweisen, bei Stilllegungsanträgen diese Vorkommnisse zu beachten.

Hochachtungsvoll  
Der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.  
Fr. Schulze.

Aufgabe aller Betriebsräte und Funktionäre des Verbandes ist es, bei Stilllegungsanträgen diese Vorkommnisse zu beachten und derartige Beobachtungen in Zukunft sofort der Verbandsleitung zu melden.

### Dem Herrn Ernährungsminister ins Stammbuch.

D. L. V. Die letzte Reichstagsrede des Reichsernährungsministers Dr. Haslände ist bereits schon als eine der eindrucksvollen und inhaltstiefsten gekennzeichnet worden, die in letzterer Zeit von einem Chef des Reichsernährungsministeriums gehalten wurden. Vergeblich sucht man in ihr nach neuen und wegweisenden Ideen, vergeblich sucht man vor allem nach irgendeiner Bemerkung über die Auf- forderung vieler landwirtschaftlicher Unternehmer, in der Landwirtschaft zukünftig die extensivste Wirtschaftsweise zu pflegen. Falls dem Herrn Ernährungsminister derartige Aufforderungen nicht bekannt sein sollten, wollen wir ihm die Rede in Erinnerung bringen, die der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, kürzlich auf der Landbundtagung in Cassel hielt. In der Rede wurde ausgeprochen:

„Im vergangenen Jahre haben wir gesagt: Intensiviert soviel wie möglich, heute müssen wir leider sagen, wer intensiviert, betreibt Selbstmord. (Sehr richtig.)“

Das keineswegs verzweifelliche Schweigen des Reichsernährungsministers gerade zu diesem so ungeheuer bedeutsamen Kapitel, wie überhaupt seine Rede, hat sogar der „Frankfurter Zeitung“ zu sehr bemerkenswerten Ausführungen Veranlassung gegeben. In Nr. 277 wird geschrieben:

„Über die agrarische Kreditpolitik haben wir aus der Rede des Ministers nichts Neues erfahren. Ohne irgendeine Einzelheiten mitzuteilen, erklärt Herr Haslände, man wolle außer den Betriebskrediten noch Intensivierungskredite flüssig machen. Gegenüber der gefährlichen Extensivierungspropaganda des Reichslandbundes aber findet er kein Wort der Warnung. Für die landwirtschaftliche Siedlung im Osten, die er beschleunigt zu fördern verspricht, sollen ganze fünfzehn Millionen freigegeben werden. Einen wie geringen Umfang die Siedlungsaktion haben wird, zu deren Durchführung man sich mit dieser Summe begnügen will, und wie gering dann auch die Wirkung einer solchen Siedlung bleiben wird, das ist ohne weiteres klar. Allerdings will man 35 Millionen zur Kultivierung von Dehland auswerfen. Wir haben gegen die Verwandlung von Dehland in Ackerboden ganz gewiß nichts einzuwenden. Aber gerade wenn die zur Verfügung stehenden Mittel beschränkt sind, mußte man mit der Siedlungsaktion dort anfangen, wo sie verhältnismäßig billig durchgeführt werden kann, wo sie technisch und finanziell auf den geringsten Widerstand stößt. Also auch hier in den Details fehlt die Einsicht in die Realität der wirtschaftlichen Zusammenhänge.“

Dies ist also die wirtschaftspolitische Perspektive, die der Reichsernährungsminister ausbreitet. Und dies zu einem Zeitpunkt, in dem alles darauf ankommt, die Politik der Mitteldegen, des Herum- kurierens an den Symptomen zu verlassen und die deutsche Wirtschaft, gerade auch die deutsche Landwirtschaft, den weltwirtschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen anzupassen. Mag der Reichslandbund in Herrn Dr. Haslände einen hervorragenden Sach- walter gefunden haben, die deutsche Landwirtschaft und die deutsche Volkswirtschaft werden sich beim Reichslandbund und seinem Minister eines Tages für diese „Wirtschaftspolitik“ zu bedanken haben.“

Der Kenner der Verhältnisse wird wissen, daß Herrn Haslände für seine Rede die geringsten Vorbereitungen zu machen sind. Er ist ein Neuling im Reichsernährungsministerium und zugleich ein sehr vorsichtiger und durchaus korrekter Beamter, der keinen Schritt tut, ohne sich vorher mit den leitenden Herren des Ministeriums ver- ständigigt zu haben. Die leitenden Herren sind aber deutschnational und landbündlerisch eingestellt und haben deshalb ein großes Inter- esse daran, dem Herrn Zentrumsmminister Sprüche ins Ohr zu flüstern und Stichwörter für seine Reden zu geben, von denen sie bestimmt wissen, daß sie gerade die linken Parteien auf das stärkste vor den Kopf stoßen müssen. Es ist auch hier wieder der von Herrn Dr. Haslände noch nicht reiflos durchschaute Versuch, still und hinterhältig Sabotagearbeit zu dem Zweck zu betreiben, dem leichten Reichsernährungsminister das Arbeiten zu erschweren und Volkspartei bzw. des Reichslandbundes.

Auch etwas anderes muß einmal ausgesprochen werden. Vere- leitenden Beamten des Reichsernährungsministeriums, die dem Herrn Dr. Haslände keine unternehmerfreundlichen Reden zurecht- bauen und ihn beraten sollen, sind selbst landwirtschaftliche Unter- nehmer. Unternehmer, die von dem psychologisch veränderten Wunsch befeuert sind, daß in Deutschland eine Agrarpolitik betrieben werde, die in ihrem und im Interesse ihrer Freunde liegt. Die Herren, an die bei dieser Feststellung gedacht ist, sind der Herr Staatssekretär Dr. Hagendorf und der Ministerialdirektor Dr. Hoff- mann. In diesem Fall ist wieder zu erkennen, wie wichtig es ist, daß über die Politik des Ministers hinweg ergründet wird, welche Faktoren und welche Umgebung sie mit beeinflussen.

Dem Herrn Reichsernährungsminister ist nach seinem Instan- tritt zugerufen worden: „Haslände, werde hart.“ Möge der Herr Reichsminister diesen Ruf so auffassen, wie er gemeint ist, näm- lich als den Ansporn zu einer Einstellung, die von seiner eigenen Erkenntnis und von dem Wunsch diktiert ist, Deutschlands Agrar- politik so zu leiten, wie es dem Gesamtwohl des Staates und den Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft entspricht.

# Generalfstreik in England.

## Der Kampf um den europäischen Lebensstandard.

Seit Mitte der vergangenen Woche steht England im Generalfstreik. Von der Ausdehnung des Arbeitskonflikts erhält man erst die richtige Vorstellung, wenn man weiß, daß der tägliche Lohnausfall der Streikenden auf 100 Millionen Mark und der Produktionsverlust in der englischen Wirtschaft auf täglich 250 bis 300 Millionen geschätzt wird. Es ist ein Riesenkampf, dessen Zeuge das festländische Proletariat ist und dessen Ausgang, sozialpolitisch gesehen, aber auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete von ungeheurer Tragweite für die Gesamtarbeiterschaft sein muß.

Die Streikwelle ging vom englischen Kohlenbergbau aus und ist im Grunde genommen das Ergebnis der Schwierigkeiten auf dem Weltkohlenmarkt, insbesondere der Absatzschwierigkeiten, die sich in England zu der Frage

### Kohlensubventionen oder Lohnreduktionen

beredeten. Die Schwierigkeiten stammen nicht von heute und morgen. Sie sind seit dem Kriege fast jeder Industrie, ganz gleichgültig, ob es sich um Kohle, Eisen, Stahl, Zinn, Kupfer, Wolle oder Baumwolle handelt, eigentümlich und hätten sich auch ohne die bekannte Entwicklung während des Krieges eingestellt. Vielleicht darf man sogar annehmen, daß sich einerseits die Erweiterung der Absatzmärkte für gewisse Rohstoffindustrien, andererseits die Vergrößerung anderer Rohstoffindustrien, um den wachsenden Bedarf zu decken, nicht notwendig herausgestellt hätte, wenn die Vorkriegsentwicklung nicht in den Jahren 1914 bis 1918 unterbrochen worden wäre. Wahrscheinlich ist es aber, daß es leichter und mühsamer gewesen wäre, die aus dem Verhältnis von Rohstoffindustrie und Markt entstehenden Probleme zu lösen ohne jene während und nach dem Kriege einsetzende Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, die sich in erster Linie in einem unflinigen Wirtschaftsnationalismus gegenüber einem nach neuen Formen suchenden Warenimperialismus (Streben nach vermehrter Warenausfuhr) darstellt. In die eben beendete vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz und in die Debatte einer europäischen Zoll- und Wirtschaftsunion pläzte wie eine Bombe der Ausbruch des englischen Generalfstreiks, davon zeugend, wie dringend die Notwendigkeit einer Lösung der Probleme geworden ist, und daß das Problem anfängt, der die europäischen Demokratien beherrschenden internationalen kapitalistischen Schicht über den Kopf zu wachsen. Der Gedanke einer planmäßigen Bedarfssteigerung und der systematischen Bedarfsdeckung scheint in unlöslichem Widerspruch zu den Grundgesetzen kapitalistischer Wirtschaft zu stehen und selbst die ersten Lastversuche eines national und auch international organisierten Kapitalismus, wie er in dem Bestreben nach internationalen Eisen-, Farben-, Kohlen- und Kalksteinlieferungen zutage tritt, scheinen den in der Wirtschaftsentwicklung liegenden Tendenzen nicht gerecht zu werden, da sie im Grunde genommen die planmäßigere Deckung des Bedarfs durch eine Drückelung desselben und eine Niedrighaltung der Bedürfnisse auf Grund des Kartellpreises erreichen wollen. Darüber hinaus haben die seit Jahren zu beobachtenden Konkurrenzkämpfe auf den Märkten zu einer gigantischen Verschwendung und Verleumdung von Rohstoffen geführt. Das gilt insbesondere für die Kohle. Was heute in den europäischen Bergbauzentren als Wirtschaftsführung gilt, ist in Wirklichkeit ein Raubbau an den natürlichen Reichtümern des Bodens und an den in den Industrien beschäftigten Menschen. Eine solche Politik muß sich auf die Dauer schwer rächen und es ist anzunehmen, daß die kommenden Generationen, die die gegenwärtige europäische Kohlenpolitik ausbaden müssen,

die Väter dieser Politik, gelinde gesagt, mit den Ziegenhauern Spaniens und den türkischen Holzschlägern vergangener Jahrhunderte, die durch Vernichtung des Waldbestandes weite Strecken des schönsten und fruchtbarsten Landes Europas zur Wüste machten, in einem Atemzug nennen werden.

Der Weltkrieg löste zum Zweck des Völkermordes eine ungeheure Konjunktur in der Eisen- und Stahlindustrie aus. Es konnte für Panzerplatten, Kanonen und Granaten nicht genügend Stahl produziert werden, um Moloch Mars zu befriedigen. Für Eisen und Stahl wurden Phantasipreise gezahlt und bezahlt. Ruhmeherrin der Riesenkonjunktur in der Eisen- und Stahlindustrie wurde vor allen Dingen die europäische Brennstoffindustrie, insbesondere der englische Kohlenbergbau. Die günstigen Konjunkturlagen für ihn legten sich auch nach dem Kriege fort, da der während des Krieges getriebene Raubbau die Ergiebigkeit des Bergbaus, insbesondere die Leistung pro Mann und pro Schicht gedrückt hatte. Es bestand ein Mißverhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage an Kohle auf den Märkten, das durch die im Januar 1923 erfolgte Beilegung und Stilllegung des wichtigsten und größten europäischen Steinkohlegebietes in Rheinland-Westfalen eine Steigerung und Verzerrung bis ins Groteske erfuhr. Die englischen Kohlenindustriellen beherrschten auf Grund dieser Entwicklung bei Höchstpreisen mühelos den Kohlenmarkt. Erst als die Beilegung des Festlandes kam, die Wiederaufnahme der Förderung in Rheinland-Westfalen und die Liquidation der Unruhen im polnisch- und deutsch-ober-schlesischen Kohlenrevier, schlug die Nachfrage nach Kohle in ein Ueberangebot an Kohle um, im Zusammenhang mit der Tatsache, daß der Verbrauch an Kohle durch Ausnutzung der Wasserkraft für die Elektrizitätsherstellung, Mehrverbrauch an Oelen und Petroleum, Rationalisierung in der Feuerung durch die bekannten Ergebnisse in der Warmwirtschaft und nicht zuletzt durch die verstärkte Konkurrenz der günstiger gestellten Braunkohle abgenommen hatte. Das sogenannte „Spiel Kohle“, das man nicht in eine gebotene Veredelung des Urprodukts, der durchaus möglichen Erweiterung der Nebenproduktverwertung umleiten konnte, führte zum Preisverfall auf dem Weltkohlenmarkt. In den schlimmsten Monaten des Kohlenkonkurrenzkampfes ist sowohl deutsche wie englische Kohle in den Kampfgebieten bis um 75 bis 80 Proz. billiger verkauft worden als im Inlande, wo man die überlegenen Preise künstlich stabilisierte. Der englische Kohlenbergbau, der Kuznieher der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur, mußte feststellen, daß die englischen Abbaumethoden und die englischen Grubenanlagen veraltet waren. Das Verhältnis der deutschen und der englischen

Leistungsfähigkeit im Bergbau war vor dem Kriege wie 9:10, da der deutsche Bergbau, insbesondere der rheinisch-westfälische, infolge der geologischen Verhältnisse ungünstiger gestellt ist als der englische. Gegenwärtig dürfte das Verhältnis 11:10 zugunsten des deutschen Bergbaues betragen, der sich in den letzten zwei Jahren, was maschinelle Anlagen, Arbeitsmethoden und Konzentration des Abbaues betrifft, in starkem Maße umgestellt und erneuert hat, wozu als wesentlicher Faktor in der Rentabilität die zur sogenannten Vorrichtungsarbeit dienende Erholungsperiode während der Ruhrbesetzung kam. Diesen Umstellungsprozeß hat der englische Bergbau, und zwar in Auswirkung der falschen Einschätzung der Konjunktur, gerade wie andere europäische, durch den Krieg begünstigte Industrien, z. B. die schwedische Eisen- und Stahlindustrie, veräumt und verbummelt.

Als die Unrentabilität des größten Teiles der englischen Gruben nun zutage trat, wollte man im englischen Bergbau die Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnabbau erreichen.

Es handelt sich hier um die beliebte Methode, auf Kosten der Arbeiterschaft technische Rückständigkeit, ein unmögliches Beginnen, auszugleichen. Wir wissen, daß zahlreiche deutsche Industrien, u. a. die Textilindustrie, von ähnlichen Instinkten sogenannter Wirtschaftsführer bedroht sind. Die englische Bergarbeiterschaft wehrte sich dagegen in einem hartnäckigen Streik, der über 16 Wochen dauerte und mit dem Ergebnis endigte, daß die englische Regierung sich bis zum 1. Mai 1926 verpflichtete, die Differenz zwischen dem tariflich vereinbarten Lohn im englischen Bergbau und den Löhnen, die die Bergindustriellen nur zahlen zu können vorgaben, aus öffentlichen Mitteln zu decken. Das sind die berühmten englischen Kohlensubventionen oder Kohlensubsidien. Sie erforderten bis Mai 1926 rund 300 Millionen Goldmark und machten pro Tonne gefördertener englischer Kohle 2 Schilling aus. Mit Hilfe dieser Subsidien betrieb der englische Bergbau ein Riesendumping (Verkauf unter Weltmarktpreis bzw. Gestehungskosten), das die Lage auf dem Kohlenmarkt maßlos komplizierte.

Die technische Umstellung, die Rationalisierung, unterblieb in England aber. Die Industriellen hatten es eben nicht nötig, weil ihnen die traditionelle Dioidende durch die öffentliche Hand in England garantiert wurde. Die Subventionen wurden aber schließlich aus den Steuerleistungen anderer englischer Wirtschaftszweige bestritten, die selbst notleidend oder vielleicht noch notleidender waren als der subventionierte Bergbau. Außerdem machte sich fühlbar, daß jede Tonne Kohle auf Grund der auf den Auslandsmärkten erzielten Verkaufspreise verschwendet wurde, eine Stärkung der ausländischen Fertigungskonturrenz und eine Schwächung der englischen Fertigungskonturrenz darstellte. Das Eingreifen der englischen Industrie bestimmte dann auch die englische Regierung zu der grundsätzlichen Erklärung, die Politik der Subventionen zu liquidieren. Sie schlug auf Grund des Berichtes einer aus Arbeitnehmern und Arbeitgeberern zusammengesetzten sogenannten königlichen Kohlenkommission zur Untersuchung der Verhältnisse im englischen Bergbau eine Reihe von Lösungsmaßnahmen vor, unter denen der Plan eines sogenannten Rationalisierungskredits für den englischen Bergbau, dessen Verzinsung und Amortisation durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam aufgebracht werden sollte, von praktischer Bedeutung war. Die englischen Bergbauindustriellen bestanden dagegen auf einer Revidierung der Bergarbeiterlöhne, die als zu hoch bezeichnet werden.

Der Vorschlag einer Revision der Lohnsätze lief also darauf hinaus, die Kosten der Rationalisierung und des Kohlendumpings auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Die Lohnreduktion wurde von den Gewerkschaften abgelehnt in der klaren Erkenntnis, daß selbst nach Erledigung der Rationalisierung die Frage des Dumpings und der Kohlenabnahmte ebenso brennend ist wie heute. Die gemachten Konzeptionen in der Lohnfrage aber, ursprünglich nur für eine gewisse Uebergangszeit gedacht, dürften sich, so folgert man ganz richtig weiter, als dauernd erweisen. Das bedeutet aber eine Gefährdung des Lebensstandards der englischen Arbeiterschaft. Die Gefahr, klar erkannt, erklärt erst das Ausmaß im Generalfstreik, den der englische Bergbaukonflikt angenommen hat. Die Lohnreduktion im englischen Bergbau wäre das Signal für andere Industrien, mit denselben Mitteln vorzugehen — in England und auch in den übrigen Industrieländern:

Mit Spannung verfolgt man den Ausgang des Riesenkampfes, der eine Verteidigung des europäischen Lebensstandards darstellt. Die Kundgebungen des festländischen Proletariats, insbesondere die Entschliefungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFD-Bundes und die Erklärungen der deutschen Bergarbeiterorganisationen, das bestrifte England nicht mit Kohle zu beliefern, sind so die ganz natürliche Abwehrfront gegen eine sich in England vorbereitende, äußerst bedenkliche Entwicklung.

Noch nie haben sich die Interessen der festländischen Arbeiterschaft mit denen ihrer kämpfenden Kollegen in England mehr gedockt als diesmal.

Wenn man das Bild des englischen Bergbaukonflikts durch die Verhältnisse auf den Märkten und in den Rohstoffindustrien ganz allgemein ergänzt, erkennt man deutlich, daß es sich im Grunde um zwei Wirtschaftsauffassungen handelt, die hier aufeinanderstoßen. Sie sind dem deutschen Proletariat ja nicht fremd. Aus diesen Zusammenhängen erklärt sich aber auch die maßlos scharfe Note, die der Streik in England hat und insbesondere die einseitige Stellungnahme der konservativen Regierung Baldwin. Der Riesenkampf in England mag auslaufen, wie er will, sein Ergebnis wird aber immer eine höchst unvollkommene Kompromißlösung sein, die sich wahrscheinlich in einer neuen Subventionspolitik darstellen wird. Die Schäden der englischen Kohlensubsidien für die anderen Bergbau treibenden Länder, insbesondere für Deutschland, sind ja genügend bekannt, und natürlich ist es, wenn die in Frage kommenden Länder für den Fall weiterer Kohlensubsidien in England Gegenmaßnahmen erwägen und erörtern. Bekannt ist ja, daß die deutsche Regierung sich mit neuen Entschädi-

gungspänen für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau trägt in der Art, wie man vor zwei Jahren die 680 Millionen Mark-Entschädigungen, ohne den Reichstag zu befragen, hergegeben hat. Darüber hinaus haben sowohl der Reichsfinanzminister Dr. Luther als auch der Reichswirtschaftsminister für den Fall, daß England weitere Subventionen gewährt, Kohlenexportprämien angedeutet. Man macht sich also die Sache im Reichskabinett ziemlich leicht. Dabei vergißt man aber, daß Deutschland seit Jahren ein ähnliches Kohlendumping treibt wie der englische Bergbau, nur mit dem Unterschied, daß die Finanzierung dieses Dumpings nicht auf Subventionen, sondern auf einen stark übersehten Inlandskohlenpreis geschieht. Eine Erweiterung des Dumpings aus öffentlichen Mitteln, mit dem Geld der Steuerzahler, wird die Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Fertigwarenindustrie in stärkstem Maße steigern und gerade die deutschen Fertigwarenindustrien am schlimmsten treffen, denen es gegenwärtig am schlechtesten und auf jeden Fall schlechter geht als der deutschen Schamerindustrie. Wir verweisen nur auf die Verhältnisse in unserer Textilindustrie, wo im Gegensatz zu anderen Industrien eine Wendung zum Besseren leider nicht festzustellen ist. Gerade die schlechte Lage der deutschen Verbrauchsindustrien beweist, daß das Rezept Dr. Luthers nicht das Allheilmittel ist. Es mag im Interesse der deutschen Schamerindustrie liegen, für die Entschädigungen und Exportprämien Liebesgabe und Geschenk aus öffentlichen Mitteln darzustellen.

Im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft liegt eine solche Politik nicht.

Die Art und Weise aber, wie die Reichsregierung seit langem Wirtschaftspolitik unter fast völliger Ausschaltung der Volksvertretung macht, wächst sich zu einer Gefahr für unsere Gesamtwirtschaft aus. Man erkennt immer mehr und mehr, daß die wirtschaftspolitische Führung bei Dr. Luther in völlig unzulänglichen Händen liegt. Die ganze Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet in den letzten zwei Jahren spricht gegen diesen Mann, der besser getan hätte, vielgeschäftiger Oberbürgermeister zu bleiben, anstatt in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister die Szene zu verwechseln!

## Technische Nothilfe oder faschistische Freikorps?

Die Technische Nothilfe (Teno) entwickelt sich mehr und mehr zu einer Organisation ähnlich den sogenannten „vaterländischen“ Verbänden, die als Zentrum reaktionärer Umtriebe berufen sind, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, wenn der Tag der „nationalen Hoffnungen“ herangerückt sein wird. Es ist deshalb sehr verständlich, daß bei den Einberufungen und bei Bewilligung von Reichsmitteln die Rechtsparteien für das Weiterbestehen und ausreichende Finanzierung sowie den Ausbau der „Teno“ eintreten, während die Linksparteien und die Gewerkschaften aller Richtungen den Abbau des Statistels oder die völlige Auflösung der „Teno“ fordern.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände beantragten in einer an Regierung und Reichstag gerichteten gemeinsamen Eingabe vom 15. April 1925 bereits die Auflösung der Technischen Nothilfe für das Geschäftsjahr 1926/27 in der Weise vorzubereiten, daß für das kommende Rechnungsjahr die Statistik entsprechend gekürzt werden. Der deutschnationale Innenminister Schiele verlangte dagegen zum Ausbau der Technischen Nothilfe für 1925 rund 3 687 000 Mk. über gegenüber 1924 ein Mehr von 867 000 Mk. aus Reichsmitteln. In seiner Antwort an die Gewerkschaften vom 7. September 1925 lehnte der Minister ab, den Abbau vorzubereiten, weil die „Teno“ ihre Unersehbareit bewiesen habe, denn sie sei in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. März 1925 in 116 Fällen eingeleitet worden, u. a. zur Aufrechterhaltung des Betriebes von 26 Elektrizitäts-, Gas- und Wasserverwerken und insbesondere beim Hochbahnstreik in Hamburg und in der Meierei Bolle, Berlin. Nach den Ermittlungen durch die Gewerkschaften verteilten sich die gemeldeten 116 Einsätze auf ganze 34 Orte, und in sieben Orten (von diesen 34) leistete die „Teno“ Nothilfe, betätigte sich also als freiwillige Reichsfeuerwehr. In den wenigen Fällen, in denen es Anlaß von Streik die „Teno“ eingesetzt worden ist, da geschah es zumeist auf ausdrückliches Verlangen der Unternehmer, und nachdem diese den gewerkschaftlichen Notarbeitern den Zutritt zu den betroffenen Betrieben sogar polizeilich verweigerten. So erklärten sich z. B. die ausgesperrten Brauereiarbeiter in München zu Notarbeiten, Pferdepflege, Malzwenden usw. bereit; sie wurden jedoch durch Polizei gehindert, und dann legte die „Teno“ trotzdem ein. Im mitteldeutschen Streik der Gemeindefabrikanten haben die Streikenden die Notarbeiten zumeist selbst ausgeführt, und nur in ganz vereinzelten Fällen mußten auch diese Notarbeiten durch die Gewerkschaften eingeleitet werden, weil einzelne Betriebsleiter nur der „Teno“ den Zutritt zu den Betrieben gestatteten.

Nach einem weiteren amtlichen Bericht ist die „Teno“ in der Zeit vom 5. September 1925 bis 29. Januar 1926 innerhalb 14 Wochen nicht ein einziges Mal im gesamten Reichsgebiet eingesetzt worden. Die wenigen Einsätze erfolgten fast ausschließlich bei Hochwasser- und Feuergefahr, auch dort, wo z. B. Berufsfeuerwehr vorhanden ist und dieser gütigen Unterstützung scharf nicht bedurfte. Ueber die von den zahlreichen Arbeitslosen oftmals gratis geleistete Hilfe in den west- und mitteldeutschen Ueberschwemmungsgebieten — ihnen ist solche Nachhilfe eine sittliche Pflicht — berichtet kein amtlicher „Teno“-Nachrichtendienst. Diesen wirtschaftlichen Nothelfern werden keine goldenen Nothelferabzeichen an die Brust geheftet, auch keine Urkunden überreicht. Ueber einzelne ganz belanglose Einsätze sind Filmaufnahmen angefertigt, um damit eine wirksame Propaganda für die Erhaltung der „Teno“ schaffen zu können.

Da der Reichstag statt der geforderten 3 687 000 Mk. für nur 2 850 000 Mk. bewilligte, so ist die „Teno“ in den meisten Gebieten und für die abgebauten ehemals „Teno“-Gebiete. Im amtlichen Nachrichtendienst, sagt die „Teno“, daß nunmehr — nachdem der Abbau durch den Reichstag beschlossen — die Ausbildung und Schulung ehrenamtlicher Führer im Vorbergrunde stiller organisatorischer Arbeit stehen müsse. Die hauptamtlichen aus Reichsmitteln besoldeten Führer besorgen nun diese Aufgabe und bilden in „großem Maßstabe ehrenamtliche Mitarbeiter“ heran. In privaten Kraftfahrtschulen werden Nothelfer zu Kraftwagenführern zu ermäßigten Sätzen herangebildet. Frauenführerinnen bilden Frauengruppen aus in der Behandlung von Proviant und in der Leitung des Kochens — für wen, das wird sorgsam verschwiegen! Die zur Verfügung gestellten Reichsmittel reichen zu solcher großzügigen Heeresreform und Ausbildung allerdings nicht aus, und deshalb werden andere, private Geldquellen (Stiftung gemacht). In allen Orten veranstalten die sogenannten UWS (Landesunterbezirksleitungen) mit den Ingenieur- und Werbestellen Planspiele unter Mitwirkung von Ingenieur- und Wirtschaftsstäben, um zu zeigen, wie im Einzelfall (siehe Kapp-Putsch!) „zugegriffen“ werden muß. Solche Planspiele sind z. B. für Eisenbahn- und Hafensbetriebe unter Beteiligung von Hunderten von Nothelfern und maßgebenden Persönlichkeiten des Eisenbahnbetriebes, Vertretern der Behörden, der Polizeipräsidenten usw. fortgesetzt veranstaltet worden. Vor Studenten und Dozenten der Universitäten werden Propagandaanträge über die Unersehbareit der „Teno“ gehalten und die Studenten zum Eintritt aufgefordert. Die innige Verbindung von Nationalismus und Technischer Nothilfe ist allerdings

Inhalt: Gegen verschleierte Wahlabsichtungen! — Dem Herrn Ernährungsminister ins Stammbuch. — Generalfreitag in England. — Technische Rathilfe oder fälschliche Fälscher? — Frauenanteil. — Die Umgestaltung der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und der Handwerks- und Gewerbekammern. — Fälscher an der Arbeit. — Betriebsratkonferenz der Fabrik Neuzendorf i. Sa. — Berichte aus Fachkreisen. — An im Ausland beschaffte Seidenbrüder. Achtung! — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

In der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses vom 4. März 1926 durch den Staatssekretär Zweigert aus dem Reichsministerium des Innern bestritten worden; die „Leno“ habe nicht das geringste mit dem Bahnschub zu tun, hieß es. Hier aber beweisen die offiziellen Verkaufsbedingungen der „Leno“ das Gegenteil, und zwar eine enge Arbeitsgemeinschaft beider gegen die Arbeiterkraft gerichtet und aus Reichs- und privaten Mitteln gelieferten Organisation, die von den Behörden, Regierungsstellen, von Kriegerverbänden, vom Landbund, Innungen und Unternehmern planmäßig gefördert werden. Den vereinigten Innungsobermestern in Hamburg, im Kreis-Kriegerverband Frankfurt a. d. O., vor dem Landbund in Rebus usw. hießen „Leno“-Beauftragte Vorträge, ließen Planspiele aufführen, um dann von diesen Kreisen als Gegenleistung ein erneutes Treuegelöbnis für die „Leno“ und, was die Hauptsache ist, Stiftungsbeträge für den „Räderverlag“, als unkontrollierbare Korruptionsgelder einzuhändigen. Der Abgeordnete Genosse Georg Schmidt konnte im Reichstage darauf hinweisen, daß 18 000 Exemplare der Zeitschrift „Die Räder“ — des Zentralblattes der „Leno“ — an die Industriellen verteilt worden sind mit dem Ersuchen, Stiftungsexemplare zum Preise von je 5 RM. zu abonnieren. Die „Leno“ bereitet sich gegenwärtig auf große Aktionen vor.

„Werdet hochwertige Fachkräfte für die „Leno“! So beginnt ein Aufruf in ihrer Zeitschrift, der für Groß-Berlin zunächst verfaßt worden ist. Was ist beabsichtigt? Der Landesunterbezirk Groß-Berlin verlangt gegenwärtig zum weiteren Ausbau und zur Schaffung möglichst großer „Leno“-Reserven Fachleute aller Berufsstände, die sich mittels Postkarte in Berlin-Steglitz, Birkenstraße, also bei der Hauptleitung, melden sollen. Gelocht werden in der Märznummer der „Räder“: Lokomotivführer, Triebwagenführer, Zugführer, Stationspersonale, Stellwerker, Güterbodenarbeiter, Wagenmeister, Störungssucher, Gassanoplastiker, Graneure, Stereotypenrechner, Buchdrucker, Offsetdrucker, Rotationsdrucker, Steinbrüder, Buchbinder, Seiger, Anleger, Maschinenisten für Dampfmaschinen, Dampf-turbinen und Dieselmotoren, Wassergasmacher, Diefhausarbeiter, Heizer, Apparatewärter, Selbstbahnfahrer, Kranführer für Kohlen-greiferräne, Guckrohrleger, Retortenmaler, Umformwärter, Freileitungsmonteur, Schalttafelwärter, Kraftwagenführer mit Führerschein und Köche.

Und das alles, trotzdem noch immer keine Beziehungen zwischen Bahnschub und „Leno“ nach den Darlegungen des Herrn Staatssekretärs Zweigert bestehen. Für die Eisenbahn, und zwar für die einzelnen großen Bahnhöfe sowie für die Reichsdruckerei und die Postleitung (!?), fanden im Februar dieses Jahres im Vortragsaal des Verkehrs- und Baumuseums in Berlin, Invalidenstr. 40, allein vier Verammlungen statt, in denen die Leiter der Einsatzgemein-schaften über die künftige Verwaltung und Erhaltung der Reichsferren referierten. Eine herart sicherhafte Organisation kennzeichnet die „Leno“ als eine gefährliche, arbeit- und republikfeindliche Organisation. Die gegenseitigen Treuegelöbnisse zwischen Unternehmerorganisationen und „Leno“, dazu die klagende Verbindung, beweist, daß die „Leno“ nur noch als staatlich subventionierte Streikbrecherorgani-

tion angesehen werden muß. Der Schlüssel für das prononzierende Verhalten der Reichsbahnverwaltung während der letzten Monate sowie die feindselige Einstellung bestimmter Wirtschaftskreise gegen die Gewerkschaften ist in dem Verhalten der „Leno“ und ihrer Propaganda zweifellos zu suchen. Das Allgemeinwohl wird durch eine solche Praxis tatsächlich gefährdet, nachdem sich diese unparteiliche Organisation zu einem Zentrum reaktionärer Konspirationen ent-wickelt hat.

Die annähernd 3 Millionen Mark Reichsmittel sind für soziale Aufwendungen dringender als zur Bildung fälschlicher Organi-sationen. Die Auflösung der Technischen Rathilfe ist deshalb zu einer staatspolitischen Notwendigkeit geworden.

### Die Umgestaltung der Industrie- und Handelskammern, der Landwirtschaftskammern und der Handwerks- und Gewerbekammern.

Die gesamten Epithenorganisationen der deutschen Gewerkschaften haben an die Reichsregierung und an die Regierungen der Länder eine Eingabe gerichtet, in der erneut und dringend um die beschleunigte Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsammern er-cucht wird. Bei dieser Umgestaltung sollen die Leitende des Ver-fassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, die seiner-zeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern gemeinsam an-erkannt wurden, entsprechende Berücksichtigung finden.

In der Eingabe heißt es: „Die maßgebenden Organisationen der deutschen Wirtschaft waren im Jahre 1922 bei der Aufstellung vor-genannter Leitende vor der Ermartung ausgegangen, durch die Um-gestaltung der Kammern eine Lösung für den im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehenen Unterbau des Reichswirtschaftsrats zu finden und den Unterbau vor, zum mindesten aber gleichzeitig mit dem endgültigen Reichswirtschaftsrat verwirklicht zu sehen. Die deutschen Gewerkschaften behaupten, daß der vorliegende Entwurf eines Mantel- und eines Ausführungsgesetzes, betreffend den end-gültigen Reichswirtschaftsrat, diesem Standpunkte nicht Rechnung trägt. Es erscheint nicht tragbar, den Oberbau der öffentlich-recht-lichen Wirtschaftsvertretungen, den endgültigen Reichswirtschaftsrat, zu bilden, ohne gleichzeitig auch den Unterbau, d. h. die Umgestal-tung der öffentlich-rechtlichen Berufsammern und die Einrichtung der Bezirkswirtschaftsräte durchzuführen. Diese völlig einseitig, nur von den Unternehmervertretern gebildeten öffentlich-rechtlichen Kammern wachsen sich, wie das aussergewöhnliche Vorgehen auf der kürzlich in Essen stattgefundenen Tagung der Industrie- und Handels-kammern des rheinisch-westfälischen und des süderwestfälischen Indu-striebezirks mit aller Deutlichkeit gezeigt, zu einer immer größeren Gefahr für die deutsche Wirtschaft und den sozialen Frieden aus. Auf der Essener Tagung der Industrie- und Handelskammern brachten es in der Debatte mit weithin bekannte Wirtschaftsführer unter dem Beifall der Anwesenden fertig, im Namen der Wirtschaft Forderungen gegen die Arbeitnehmer aufzustellen, die wegen ihrer Tragweite nur als Kampfanzeige ausgefaßt werden können. Die Wirtschaft soll frei sein von allem Zwang (d. h. soweit er zugunsten der Arbeitnehmer besteht). Den Kartellen der Unternehmer soll möglichst weitgehende Freiheit gewährleistet sein. Der Wirtschafts-friede soll nicht auf dem Wege der Vertändigung mit den Arbeiter-organisationen, sondern durch neue Arbeitsgemeinschaften in den Be-zirken, d. h. durch gelbe Wertgemeinschaften herbeigeführt werden. Die Betriebskammern sollen die Führung solcher Gebilde, in denen der Arbeitnehmer lediglich Objekt sein soll, selbst in die Hand nehmen. Der Achtundzestag und die Ratifikation des Bahngesetz-es werden zu befehlen, die „sozialen Lasten“ zu hoch, die Höhe der Erwerbslosenfürsorge mühten herabgedrückt werden, denn die Tarif-verträge seien schädlich. Ferner müsse verhindert werden, daß noch länger von Beamten, Lehrern, Juristen und Gewerkschaftsleitenden wirtschaftsschädigende Gesetze gemacht werden.“

Die deutschen Gewerkschaften betonen mit Entschiedenheit, daß es nicht Aufgabe der Industrie- und Handelskammern ist, in dieser un-erbörten Art und Weise gegen berechnete Belange und Lebensfragen der deutschen Arbeitnehmer Stellung zu nehmen. Sie wenden sich ferner nachdrücklich dagegen, daß die bisher von Unternehmern gebildeten öffentlich-rechtlichen Kammern das Recht haben, namens der deutschen Wirtschaft Anträge, Gutachten und Beschlüsse zu fassen. Zur Wirtschaft gehören auch, und zwar nicht in letzter Linie, die 70 Proz. des deutschen Volkes ausmachenden Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften fordern deshalb aus Gründen des Staats-wohls, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Friedens, daß die Berufsorganisationen und Persönlichkeiten der Arbeitnehmerbewe-gung durch Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Berufs-kammern der deutschen Wirtschaft als mitwirkende und mitverant-wortliche Faktoren herangezogen werden.“

### Fälscher an der Arbeit.

Unser Artikel von der Tagung der revolutionären Textilarbeiter in Nr. 6 im Frauenanteil hat es den KP-Diffen angefallen, im JTB Nr. 3 eine Entgegnung zu bringen, die wohl mit viel Mühe, aber mit um so weniger Geschick abgefaßt ist, um unsere Darlegungen zu widerlegen. Daß man dabei nach dem Rezept von Lenin, Ver-schweigung der Wahrheit und fälschlichen Darstellungen gearbeitet hat, versteht sich von selbst. Ohne Fälschung geht es bei den KP-Diffen eben nicht. Daß sie dabei die „Reformisten“ als Handlanger be-zeichnen, sei nur nebenbei erwähnt. Wir hatten geschrieben, „die KP-Diffen sind eigentlich komische Leute, sie sehen die Welt ganz anders an als andere Menschen, die im Wirtschaftsgetriebe stehen. Vor allem sind sie völlig blind für die Tatsache, daß wirtschaftliche Umwälzungen sich nicht so schnell und plötzlich vollziehen können, wie sie im Sinn eines revolutionären Textilarbeiters reifen“. Hieran knüpft sich die Kritik des JTB. Es schreibt:

„Wie erlichlich, besteht die Komik der Kommunisten darin, daß sie das Wirtschaftsgetriebe anders ansehen als die Reform-isten. Wahrheit bleibt Wahrheit. Während die Reformisten alles mit den Augen von Handlangern der Lohnherren ansehen, erblicken die Kommunisten die umgebende Wirklichkeit mit dem Augen kampfbereiter Proletarier. Hieraus ergibt sich nun fol-gende komische Situation: Nach Ansicht des „Textilarbeiters“ muß, wer die Entwicklung fördern will, sich zu der Erkenntnis durchgerungen haben, daß die Einigkeit der Arbeiterklasse, die als wichtiger Produktionsfaktor dabei in Betracht kommt, vor-handen sein muß. Nach Ansicht der Kommunisten hingegen ist die Einigkeit der Arbeiterklasse nicht für die Entwicklung, sondern für die Revolution erforderlich.“

Alles läuft ja darauf hinaus, daß die Reformisten die Gesamt-politik der Arbeiterklasse, also auch die Gewerkschaftspolitik, nicht unter den Gesichtswinkeln einer revolutionären Arbeiterklasse, sondern unter dem Gesichtspunkt der Preisgabe der Position be-trachten. Denn von welcher Entwicklung reden sie im Grunde genommen? Wer soll sich entwickeln und nach welcher Richtung hin? Wollen sie etwa damit sagen, daß die Lohnherren sich in aller Ruhe nach der Richtung der Preisgabe ihrer Klassenposition zugunsten des Deutschen Textilarbeiterverbandes entwickeln?“ Die Redaktion des JTB muß sich dumme stellen und so tun, als habe sie unseren Artikel nicht begriffen, oder sollte der Verfasser des Artikels in der JTB tatsächlich so dumm sein? Wir können dies nicht gut annehmen. Wir müssen also annehmen, er stellt sich begriffslos, um überhaupt gegen unseren Artikel polemisieren zu können. Die Beachtung der wirtschaftlichen Entwicklung ist für das kämpfende Proletariat von höchster Wichtigkeit. Die Entwic-

Einmal so freudig da bist du bei der Zeit. Ein zweites kommt, ist angeschlossen. \* FRAUENTEIL \* Mitwirken mit er, mitzugeben; Durchsicht je nach Kraft und Zeit.

### Mutter und Säugling in der Gesetzgebung.

Lassache ist, daß die Entwicklung des Staates und der Gesell-schaft im besonderen Maße abhängig ist von dem Stand der Volk-skraft und von dem Stand der Volksgesundheit. Zu den wichtigsten Problemen in der Bevölkerungsfrage, die die Gesetzgebung zu lösen hat, gehört daher das Problem des Mutter- und Säuglings-schutzes. Besonders Deutschland hat durch den furchtbaren Krieg viel Ver-luste an Menschenleben gehabt. Hinzu kommen noch die Kriegs-folgen, die durch die soziale Not, durch die Arbeitslosigkeit, und nicht zuletzt durch die Wohnungsnot deutliche Spuren hinterlassen haben. Es ist daher nicht zu verwundern, daß sich ein Geburten-rückgang bemerkbar macht, und daß das Kindersterben und Kinder-siechtum an Umfang zugenommen hat. In Deutschland rechnete man bereits in den letzten Vorkriegsjahren mit einer Sterblich-keit von 300 000 Säuglingen jährlich, das heißt dreihundert-tausend Mütter mußten alle Qualen der Schwangerschaft, alle Leiden der Entbindung auf sich nehmen, nur um das Kind nach wenigen Tagen, Wochen oder Monaten der Erde wieder zu übergeben. Ist das nicht eine ungeheure Verschwendung von Frauenkraft? Wieviel Mißbrauch wird mit der Mutterliebe, die so oft befangen wurde, getrieben?

Die Gesetzgeber haben bisher veräußert, die notwendigen Maß-nahmen zum Schutze von Mutter und Kind zu treffen. Schon bei Beginn der kapitalistischen Wirtschaft und deren Entwicklung sollte die Gesetzgebung rechtzeitige Maßnahmen treffen, um die Ausbeutung der Frauenkraft zu verhindern und die schädigenden Wirkungen der Frauenerwerbsarbeit zu beseitigen. — Wie stark die Frauenerwerbsarbeit im Laufe der kapitalistischen Entwicklung angewachsen ist, zeigt schon die Volkszählung vom Jahre 1907 in Deutschland, danach waren 6 1/2 Millionen hauptsächlich und 8 1/2 Millionen nebenberuflich erwerbstätige Frauen vorhanden. Daß die Frauenerwerbsarbeit sich durch den Krieg noch erheblich vermehrt hat, wird niemand be-streiten können. Damit ist auch die Anzahl jener Kreise wachsend, die da glauben, die Frau wieder von der Erwerbsarbeit auszu-schließen. Die verhängnisvolle die völlige Unberücksichtigung des wirtschaftlichen und sozialen Moments ist, hat uns gerade die Ent-wicklung des letzten Jahrhunderts gezeigt. Nur eine wirklich soziale Gesetzgebung kann der Verwertung der Frauenkraft und des Mutter-glücks einen Riegel vorziehen.

Die Sozialdemokratie, die Vertretung des werktätigen Volkes, hat schon unter der Führung von August Bebel versucht, dem Auf-bruch der Frauenkraft entgegenzuwirken. So wurde u. a. auf dem Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongress in Zürich im August 1893 den Arbeitervertretern aller Länder zur Pflicht gemacht, nach-drücklich für den gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen durch Ver-wirklichung folgender Maßregeln einzutreten:

- 1. ... Verbot der Frauenarbeit in allen gesundheitsgefährlichen Betrieben;
2. Verbot der Arbeit schwangerer Frauen zwei Wochen vor und vier Wochen nach der Niederkunft;
3. ...

Damit war klar erkannt und ausgesprochen, daß gerade bei der Frage der Frauenerwerbsarbeit die Frage der Mutter-schaft nicht übersehen werden darf, und daß diese nicht eine Frage der Familie allein, sondern eine solche des ganzen Volkes ist. Die Frage: Wie vereinigt sich die Frauenerwerbsarbeit mit der Mutter-schaft? gehörte zu den wichtigsten Erörterungen der Frauenkonferenzen der Sozialdemokratie. Man zog aus den Er-örterungen den Schluß, daß Reich, Staat und Gemeinde dafür sorgen müssen, 1. die Frauenerwerbsarbeit so zu gestalten, daß sie die Frauen nicht daran hindert, gesunde Mütter gesunder Kinder zu werden und 2. Einrichtungen zu schaffen, die den Frauen die Last der Mutter-schaft erleichtern. In diesem Sinne stellte die Sozial-demokratie ihre Forderungen an die Gesetzgebung und erreichte mit Hilfe der gewerkschaftlichen Forderungen nach Ausgestaltung des Mutter-schutzes, daß dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Die Kriegswundenhilfe war das erste positive Ergebnis eines Mutter-schutzes, wonach die uneheliche Mutter der ehelichen gleichgestellt und neben der versicherten die unversicherte Frau be-allein die sozialen Momente waren es, an des Weltkrieges zu dieser Maßnahme ter Linie entsprang die Erkenntnis der ge nicht genügend Soldaten zu haben, es allen Obrigkeitstaates im November 1918, an dessen Stelle die auf allgemeinem Volksrecht aufgebaut Republik trat, brachte auch für die Frau und Mutter wesentliche Vorteile. Die Volksbeauftragten hielten es für selbstverständlich, u. a. auch Schutzbestimmungen für Mutter und Kind wieder her-zustellen und auszubauen. Der Acht- und Nund- und ein Tag, der für die Arbeiterin von größter Wichtigkeit ist, wurde durch Verordnung fest-gelegt. Die Durchführung des Achtstundentages liegt im besonde-rens staatspolitischen Interesse. — In der Nationalversammlung wurde am 12. August 1919 das Gesetz für Reichswahnenhilfe und Reichs-wahnenfürsorge angenommen, wonach ein

Einbindungskostenbeitrag von einem Wochengehalt für 10 Wochen und ein Stillgeld für 12 Wochen gewährt wird. Das bedeutete den Anfang zur Erfüllung des Ver-sprechens der neuen Reichsverfassung. „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates.“ Es muß daher zugegeben werden, daß ohne die jahrzehntelange Vorarbeit der Sozialdemokratie auch dieser beschriebene Anfang kaum erreicht worden wäre. So kann sie das Gesetz über Reichswahnen-hilfe und Reichswahnenfürsorge als einen Erfolg ihres Kampfes für die Hebung der arbeitenden Schichten und der Frauen und Mütter buchen.

Die Neuregelung des Hebammenwesens harri noch der reichs-gesetzlichen Regelung, durch das jeder Mutter ein Anspruch auf un-entgeltliche Hilfe durch eine bestens geschulte Hebamme gewährleistet wird.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Schutzgesetzgebung für Mutter und Kind in Deutschland jetzt noch gänzlich unzulänglich ist. Wir werden noch lange um das Recht eines wirklichen Schutzes zu kämpfen haben, bis die Erkenntnis in alle Kreise der Gesellschaft eingedrungen ist, daß die Mutterschaft nicht nur Angelegenheit der Familie, sondern ureigenste Angelegenheit der Allgemeinheit ist. Erst wenn die Schwangerschaft, die Auszucht der jungen Menschen-biüte als Arbeit gewertet wird, die in erster Linie dem Staate diene, und die Mutter für diese Tätigkeit durch entsprechende materielle Leistungen freigestellt wird, wird das Los der Mütter ein glückliches, und die Belohnung des Volkes gesichert sein!

Dieser Artikel ist ein kleiner Auszug aus der von der be-kannten Genossin Luise Schroeder verfaßten Broschüre „Mutter und Säugling in der Gesetzgebung“. Diese Broschüre kann unseren Kolleginnen nur wärmstens empfohlen werden, weil sie auf dem Gebiete des Mutter- und Säuglings-schutzes allen denen ein Ratgeber und Wegweiser ist, die schon von jeher ein Interesse für die Ausgestaltung dieses Problems gezeigt haben. Dieses Büchlein kann in Ergänzung der im Verlage „Textil-praxis“ erschienenen Broschüre „Schwangerschaft, Erwerbsarbeit, Frauenleid“ unseren Funktionärinnen, besonders den Arbeiterinnenkommissionen, gute Dienste leisten. Der Preis be-trägt 40 Pf. pro Exemplar und ist durch die Buchhandlung „Textilpraxis“, Berlin D. 14, Remeler Straße 8-9, zu beziehen.

### Gewerkschaftsorganisation und Frau.

Die gewerkschaftliche Entwicklung hat gezeigt, daß die Organiser-barkeit der Arbeiterinnen weit schwieriger ist als die der Arbeiter. Diese Tatsache tritt auch heute in der Zeit der Wirtschaftskrise wieder in Erscheinung; wir haben daher alles Interesse, einmal nach den Ursachen der Schwierigkeiten zu forschen.

Die Industrialisierung der Wirtschaft, die Vervollkommnung der Technik und die damit verbundene Mechanisierung der Arbeit hat es mit sich gebracht, daß die Frauenerwerbsarbeit im Laufe der letzten Jahrzehnte zu einem bedeutenden Faktor im Produktionsprozeß geworden ist. Die Textilindustrie befaßt dies ganz besonders. Die wachsende Frauenerwerbsarbeit bedeutet für die Arbeiterin eine Veränderung ihrer Stellung in der Wirtschaft wie in der Gesell-schaft. Aus diesen Tatsachen erwachsen für die Arbeiterinnen be-sondere Aufgaben, die sie gleich dem Manne in den Kampf um die Existenz stellt. Obwohl die Arbeiterin als Lohnarbeiterin genau in demselben Abhängigkeitsverhältnis wie der Arbeiter steht, hat sie zum größten Teil noch nicht erkannt, daß die Zugehörigkeit zur ge-werkschaftlichen Organisation für sie eine Notwendigkeit ist. Das liegt wohl darin, daß die Arbeiterin sich mit ihrer Erwerbsarbeit nicht so innig verbunden fühlt. Viele Arbeiterinnen betrachten ihre Arbeit nur als ein Uebergangs Stadium zur Ehe, von der sie sich ein besseres Dasein erhoffen, obwohl die Erfahrung sehr oft ge-lehrt hat, daß die Arbeiterin trotz ihrer Verheiratung erst recht ge-zwungen ist, ihrem Erwerb nachzugehen, um sich einen Hausstand zu gründen und zum Unterhalt der Familie beizutragen. — Wir finden in der Regel, daß die Arbeiterinnen mit ungelern-ten oder angelernten Arbeiten beschäftigt werden und nur in den seltensten Fällen kann man von einem „Beruf“ reden. Daraus ergibt sich ganz selbstverständlich schon eine gewisse Unbefriedigung und der Drang nach einer anderen Betätigung. Der öftere Wechsel der Arbeit läßt nicht so leicht den Gedanken zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu als bei den Arbeitern, die einen bestimmten Be-ruuf erlernt haben. Der Berufsstolz einer gewissen Berufsgruppe festigte die Zusammengehörigkeit und wir finden auch die ersten gewerkschaftlichen Ansätze in den Berufs- und Fachverbänden.

Die doppelte Belastung der Arbeiterin, sofern sie Hausfrau und Mutter ist, läßt ihr nur wenig Zeit zur Betätigung im gewerkschaftlichen und öffentlichen Leben. Kehrt sie vom Betriebe heim, dann erwartet sie die mannigfache Arbeit, die durch eine bessere Einsicht der Familienmitglieder ihr erleichtert werden könnte. Eine weitere Schwierigkeit für die schlechte Organiserbarkeit der Arbeiterin liegt wohl auch darin, daß die Arbeiterinnen noch häufig in veralteten Anschauungen befangen sind und die Freiheit und das Recht, was ihnen insolge ihrer veränderten Stellung in Wirtschaft und Staat zukommt, nicht in Anspruch nehmen. Die jahrelange lange Zurücklegung der Frau und ihre Fernhaltung vom öffent-lichen Leben haben bewirkt, daß die Arbeiterinnen noch immer ein Minderwertigkeitsgefühl in sich haben, das in der Zurückhaltung und Teilnahmslosigkeit der Arbeiterinnen noch heute stark in Er-scheinung tritt. Nur wenige haben sich allen diesen Tatsachen zum Trost durchgesetzt. Wollen die Arbeiterinnen sich nur aus diesen Fesseln befreien, dann eukteht für sie die Aufgabe, sich der Ent-wicklung anzupassen, aus der zunehmenden Frauenerwerbsarbeit die richtigen Schlüsse zu ziehen, daß nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiterinnen eine Sicherung ihrer Existenz möglich ist, daß die Arbeiterin nicht noch weiter als Konturenlinie des Mannes insolge ihres niedrigen Lohnniveaus angesehen wird. Durch rührige Mitarbeit der Arbeiterinnen innerhalb der Gewerk-schaft kann dies nur erreicht werden. Es gilt daher für jede Ar-beiterin der Bedruff: „Werben und Wirken für die Organisation, zum Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für den Auf-stieg der Arbeiterin zu einem selbständig denkenden und handelnden Menschen!“

lung hat erst die kämpfenden Kräfte des Proletariats ausgelöst und wenn die kapitalistische Entwicklung die letzte Sprosse ihrer Stufenleiter erklimmen haben wird, wird sie gezwungen sein, ihre Herrschaft an das Proletariat abzutreten. Selbstverständlich wird diese Entwicklung durch die politische Machtentfaltung unterstützt und gefördert. Die politische Macht der Arbeiterklasse ist hierzu Voraussetzung. Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir noch zu keiner Zeit der Arbeiterklasse vorgerechnet, wie dies die Kommunisten immer tun, daß sie schon heute, wenn sie nur wollten, die kapitalistische Wirtschaft beseitigen könnten. Die Kommunisten, die dieses den Arbeitern landauf und landab erzählt haben, haben in Russland versucht, mit der Sabotage Politik zu machen und haben dabei Schiffsbruch gelitten. Das russische Experiment ist nicht geglückt und man war gezwungen, die Kapitalisten zur Übernahme der Betriebe wieder ins Land zurückzurufen. Weil wir diese Fehler nicht mitgemacht haben, deshalb werden wir nun heute von den Kommunisten als Handlanger der Lohnherrscher beschimpft. Beachtlich ist dabei noch, daß das russische Experiment über das russische Volk ungeheures Leid gebracht hat. Die Kommunisten haben durch die Herabsetzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit und der maßlosen Beschimpfung der Gewerkschaftsführer erreicht, daß Tausende von Arbeitern, die nach Beendigung des Krieges zu den Gewerkschaften gestoßen waren, denselben wieder den Rücken gekehrt haben. Dieses schimpfliche Verhalten der Kommunisten ist also die Ursache, wenn die deutsche Arbeiterklasse wichtige, bereits ererbte Positionen hat wieder aufgeben müssen. Wir müssen gestehen, wir können nicht so unverantwortlich handeln wie die Kommunisten seit jeher gehandelt haben. Wir können nicht „Fähnlein um Fähnlein in Tod und Verderben schicken“. Wären die Gewerkschaftsführer so gewissenlos, dann würde dieses zur Folge haben, daß auch die letzte Waffe der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften, vernichtet würden. Was die Folgen wären, darüber brauchen wir wohl hier kein Wort zu verlieren. Wenn in dem angezogenen Artikel dann weiter geschrieben wird, der „Textilarbeiter“ ist außerdem sehr unzufrieden mit der „von uns proklamierten Parole der Einheitsfront“, so können wir darauf nur erwidern, daß es uns im Grunde genommen Schminke ist, was die Kommunisten tun. Aber andererseits werden sie uns wohl das Recht zugehen müssen, daß wir ihre Parolen, wenn sie auch noch so oft wechseln, wenn es uns gerade gefällt, dieselbe einer Kritik zu unterziehen und sie letzten Endes als das bezeichnen, was sie sind. Daß wir auf die heuchlerische Parole, Einheit der Gewerkschaften, nicht hereinfallen, das sollte sich eigentlich die Redaktion des „T.A.“ denken können. Die kommunistische Heuchelei ist eben so bekannt geworden. Daß wir den Kommunisten vorgeworfen haben, daß sie sich bemühen, unsere politische Arbeit nachzuahmen, scheint ihnen nicht zu gefallen, und um diese unliebsame Sache abzublenden, schreibt das „T.A.“: „Was bedeutet gegenüber der Behauptung des „Textilarbeiters“ die Mitteilung der „Gewerkschaftszeitung“, daß im Jahre 1924 (und nicht vor 35 Jahren) 62 Proz. faktisch über 48 Stunden in der Woche arbeiteten, was bedeutet die schwerwiegende Tatsache, daß die deutschen Textilarbeiterinnen in der Regel höchstens 70 Proz. des Lohnes erhalten, den für die gleiche Arbeit ein männlicher Kollege erhält?“

Wir haben noch nie geleugnet, daß bei uns noch vieles zu bessern notwendig ist, wir sind demzufolge immer für den Aufwinden der Arbeitslosigkeit eingetreten. Ebenso für gleichen Lohn für gleiche Leistung. Wenn dann aber der „T.A.“ schreibt:

„Angesichts dieser Verhältnisse erkühnt sich die Zeitung noch, von dem vollen Schutz der Interessen der Frauenarbeit zu sprechen,“

so ist dies nichts anderes als eine niedrige Fälschung. Wir haben nirgends versucht, ähnliches zu behaupten. Ohne Fälschung und Verdrehung geht es eben bei den Schülern Lenins nicht ab. Hängen wir dieselbe niedriger! Es sind eben Fälscher, die im „T.A.“ ihr Handwerk ausüben.

### Betriebsräte-Konferenz der Filiale Neugersdorf i. Sa.

Am Sonnabend, dem 24. März 1926, nachmittags 4 Uhr, fand im Schützenhaus in Neugersdorf eine Betriebsrätekonferenz der Betriebsräte Neugersdorf i. Sa. statt. Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Kollegen Nietisch-Berlin über:

Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft. Als weitere Punkte: Bericht über das Ergebnis der diesjährigen Betriebsrätewahl. Neuwahlen der Betriebsratsmitglieder in die örtlichen Verwaltungsausschüsse. Allgemeine Betriebsrätefragen.

Die Konferenz war von 87 männlichen und 48 weiblichen, gleich 135 Funktionären besucht.

Nach begrüßenden Worten des Vorsitzenden Gecht erhielt Kollege Nietisch zu seinem Referat das Wort, das wegen seiner gegenwärtigen Bedeutung ausführlich hervorgehoben sei.

Einleitend streifte der Referent die gegenwärtige Krise und ihre Entwicklung und führte dazu folgendes aus:

„Die günstige Konjunktur 1922/23 war ein Ausfluß unserer schlechten Währungsverhältnisse und bedeutete einen Ausfluß Deutschlands zu viel zu billigem Preise. Wir produzierten zu billig im allgemeinen auf Kosten der Arbeiterklasse. Nach der Stabilisierung haben die Wirtschaftskräfte künstlich belebt. Nun auch die Epoche der Auslandskredite vorüber ist, tritt die wahre Beschaffenheit unserer Lage zutage hervor; obwohl in der Textilindustrie im Gegensatz zu anderen Industrien die Krise sich um vieles später auswirkte. Im November vorigen Jahres noch waren 55 Proz. der Textilindustrie gut und nur 22 Proz. schlecht beschäftigt. Im Dezember hatte sich bereits das Bild wesentlich gewandelt; es waren vorhanden 25 Proz. gut, 52 Proz. schlecht und das übrige mittel beschäftigte Zweige, während im März nur noch 5 Proz. gut und 84 Proz. ausgeprochen schlecht beschäftigt waren.“

Angesichts dieser Lage wird die Forderung nach einem Mittel erhoben, das eine Linderung dieser Lage schaffen soll.

In letzter Zeit ist man dazu gekommen, die Rationalisierung als dieses Mittel zu betrachten. Rationalisierung der Wirtschaft heißt: Gestaltung der deutschen Wirtschaft nach den Grundgesetzen der Wirtschaft. Es gibt so viele Elemente in der deutschen Wirtschaft, die produktionshemmend und produktionsverzerrend wirken, daß wir auf fremden Märkten nicht mehr konkurrenzfähig sind. Wollen wir leben, wenn die vernünftige Gestaltung der deutschen Wirtschaft liegt, müssen wir auf amerikanische Verhältnisse blicken, die in weitestgehendem Maße nach den Grundgesetzen der Rationalisierung durchorganisiert sind. Amerika wurde immer als das Wunderland angesehen, in dem man sich bereichern konnte. Viele wanderten aus und auch jetzt hat wieder ein Zug nach Amerika eingeleitet; viel wird auch über Amerika und das amerikanische Wirtschaftswunder geschrieben. Auch die Gewerkschaften sandten eine Delegation nach Amerika; das Ergebnis ist in der Denkschrift der Gewerkschaften niedergelegt und heißt: Rationalisierung der Wirtschaft zur Linderung unserer Wirtschaftslage.

Schon in grauer Vergangenheit, in der die Arbeit nur mit rein physischer Arbeit verrichtet wurde, gewahren wir das Bestreben, die Arbeit durch Hilfsmittel ergiebiger zu machen. Der Mensch strebte sich immer mehr auf den Grund hin, einen größeren Erfolg zu erzielen mit wenig Mitteln. Durch die Erfindung der Dampfmaschine, des Schiffsdampftriebes, die eine Fülle von Erfindungen und Verbesserungen mit sich brachte, ist es gelungen, die Arbeit zu ganz verschiedenen Zwecken zu steigern. In Amerika, das aber noch immer ein Land der unermesslichen Rohstoffquellen ist, hat man durch die mechanische Arbeit die Leistungsfähigkeit der Arbeiter gesteigert und die Produktion von Maschinen und Erzeugnissen gesteigert. Die heute menschliche Arbeitskraft ist heute wie damals auszuhalten und entbehrlich zu machen.

Und jedes Jahr brachte darin Fortschritte. Heute gibt es Betriebe, wo der gesamte Arbeitsprozeß lediglich durch Maschinen ausgeführt wird, nur zur Überwachung der Maschinen werden einige Menschen gebraucht. Unter solchen Umständen wird eine Reihe von Massengütern hergestellt, die sehr billig sind. Diese Zurückdrängung der menschlichen Arbeitskraft hat auch in Deutschland mehr und mehr eingeleitet. Soweit der Arbeiter nicht ganz verdrängt ist, wird er als Hebel oder Rädchen in den Betrieb eingeschaltet. Der Mensch darf kein Werkstück mehr allein herstellen. In rationalisierten Betrieben wird die Arbeit zerlegt und der Arbeiter hat nur einen ganz kleinen Arbeitsprozeß daran vorzunehmen. Auf diese Weise verliert er aber die Vorstellung von dem Werkstück, was zustande kommt; die Arbeit wird für ihn sinnlos und abtumpfend. Diese Arbeitszerlegung ist in wissenschaftlicher Form besonders ausgeführt worden von dem amerikanischen Ingenieur Taylor, der auf Grund von Beobachtungen und Berechnungen wissenschaftlich feststellte, in welcher kürzesten Zeit dieser oder jener Vorgang mit den knappsten Bewegungen ausgeführt werden konnte. Die festgestellte Zeit galt als Normalzeit, in der die Arbeiten ausgeführt werden mußten. Blicke ein Arbeiter mit seinen Leistungen unter dieser Normalleistung, wurden ihm große Lohnabzüge gemacht; für Überleistungen jedoch wurden hohe Prämien ausbezahlt. Auf diese Art wurde das Letzte aus den Arbeitern herausgeholt. Trotz hoher Löhne und Prämien aber rentierte sich das System, das wir den Taylorismus nennen. — Der Amerikaner Ford übertrug hierauf diese Ausnutzung bis zum äußersten auch auf die technische Einrichtung. Er legte Arbeitsplatz und Materiallager so zusammen, daß durch unnötige Transporte keinerlei Zeit noch Kraft vergeudet wurde. Selbstverständlich brauchte er dazu auch die modernsten Maschinen und über dem allen löste er seine Aufgabe durch das fließende Band, das über 24 Stunden läuft und an dem ununterbrochen in Schichten gearbeitet wird. Das Schnelllebens-tempo der Arbeit wird von einer zentralen Stelle bestimmt; der Arbeiter muß so schnell seine Arbeit leisten, als das Transportband läuft. Das Transportband ist das Symbol des Fordismus und bedeutet Höchstausnutzung von Arbeitskraft und technischer Einrichtung. Auch in Deutschland ist man verschiedentlich in Maschinen- und Automobilfabriken dazu übergegangen, an fließenden Bändern arbeiten zu lassen. In der Textilindustrie wird noch viel Zeit durch unnötige Transporte vergeudet, gerade in dieser Industrie sind viele Untersuchungen dieser Art angestellt worden.

Wenn man die Betriebe auf Massenerzeugung umstellt, tritt das Bestreben auf, äußerst wenig Sorten und Formen zu erzeugen. Man stellt sich nur auf einige bestimmte Typen ein, die in Massen gefertigt werden. Das Bestreben der Typisierung ist in Amerika ganz bedeutend vorgeschritten; seine Durchführung bedeutet eine ungeheure Ersparnis an Verwaltungskosten, an Reisen, an Klame und Mustern. Auch in der Textilindustrie sind Bestrebungen dieser Art im Gange, wenn auch ausgeschlossen ist, daß z. B. in Webereien oder Spinnereien ein fließendes Band eingeführt werden könnte. Man unterwirft jedoch den Arbeiter verschiedentlich einer Eignungsprüfung, um das Höchstmaß seiner Leistungen zu prüfen. Es wird weiter gefordert, bestimmte Lehrwerkstätten einzurichten, in denen der Arbeiter nach den Beispielen des Taylorismus sich betätigt.

Die Gestaltung des Arbeitsplatzes ist eine andere Maßnahme. Auf die Arbeitsfreudigkeit ist sehr von Einfluß: Raumverteilung, Farbe, Beleuchtung. Durch Verschönerung des Raumes erfährt die Arbeitsfreudigkeit Belebung und Erhöhung.

Der Frage des Standorts schenkt man neuerdings mehr Aufmerksamkeit. In England z. B. werden viel feinere Garne hergestellt wie in Deutschland, weil dort der dazu nötige Feuchtigkeitgehalt in der Luft gegeben ist. Will man in Deutschland diese Garne fertigen, muß man eigene Befeuchtungsanlagen errichten. Die deutsche Spinnerei wird mit der englischen, die diese Anlagen nicht braucht, nur schwer konkurrieren können. Ebenso wird der Ort in günstiger Verteilung zu bevorzugen sein. In der Wahl des Standorts liegt eine Maßnahme der Rationalisierung. Dazu kommt weiterhin die Spezialisierung, da die Massenerzeugung von Spezialartikeln eine große Verbilligung ermöglicht. Die Metallindustrie hat in dieser Beziehung einen erheblichen Fortschritt zu verzeichnen. Auch die Textilindustrie in Amerika hat sich auf Vereinheitlichung eingestellt, während es in Deutschland noch am Erfolg solcher Bestrebungen mangelt. Deutschland — oder Europa überhaupt — steht noch zu sehr unter dem Diktat der Mode. Berechnet man aber, daß allein 33 Proz. der Rohstoffe für Muster usw. verloren gehen, so ist auch für die Textilindustrie als wesentlicher Faktor der Verbilligung Spezialisierung zu fordern. Die Betriebsräte müßten darauf hinwirken, wo die Durchführung der Rationalisierung angeordnet werden könnte.

Für die Textilindustrie ist aber das Wichtigste und Entscheidendste in Rücksicht auf die Rationalisierungsfrage: moderne Maschinen. Wenn Betriebe, wie es geschieht, in England alte, ausrangierte Maschinen aufkaufen und aufstellen, ist natürlich, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit aufs schwerste beeinträchtigt wird. Unser Maschinenpark muß den Errungenschaften der Technik angepaßt werden.

Auch der Konzentrationsprozeß hat immer weiter um sich gegriffen. Selbständige Betriebe geben ihre Selbständigkeit auf und schließen sich zu Kartellen und Trusts zusammen. Dies hat den einen Vorteil, daß nichtleistungsfähige Betriebe ausgeschaltet werden.

Welche Stellung haben wir nun diesen Rationalisierungsbestrebungen einzunehmen? Rationalisierung hat nur Sinn und kann nur durchgeführt werden, wenn sie zur verbilligten Massenerzeugung von Gütern führt. Die ungeheure Fruchtbarkeit und Ergiebigkeit der Maschine braucht einen Absatzmarkt, der nicht nur im Auslande sondern auch im Inlande liegen muß. Die Güter können aber nur gekauft werden, wenn sie auch billig sind. Leider bemerken wir aber in Deutschland in rationalisierten Betrieben das Bestreben, die Errungenschaften der Rationalisierung nicht der Allgemeinheit zugute kommen zu lassen. Es sind Beispiele vorhanden, daß durch Rationalisierung die Gesehungskosten um 50 Proz. stiegen. Daraufhin trat eine Preisentwertung von 10 Proz. ein. Hier tritt auch die ungünstige Wirkung der Kartellierung an den Tag. Die Kartelle halten den Preis in Deutschland hoch, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Damit zerstört man sich aber den inneren Absatzmarkt und vergrößert, daß es mit dem äußeren Absatzmarkt eine fragwürdige Bewandnis hat. Wir haben Rohstoffe ein- und Fertigfabrikate ausgeführt, also mit unserer Arbeitskraft die Rohstoffe bezahlt. Während des Krieges sind aber in den Rohstoffherzeugungsländern Fabriken entstanden, die jetzt die Waren selbst fabrizieren. Der deutsche und englische Arbeiter hat dadurch wenig Arbeit und wir haben nicht mehr den großen Absatzmarkt wie früher. Wir können nur noch Waren unterbringen, wenn wir sehr billig liefern. Und das können wir nur, wenn wir unsere technischen Einrichtungen vervollkommen. Es gibt Arbeitgeber, die einen anderen Ausweg sehen, der heißt: Abbau der Löhne. Beseitigung der Sozialpolitik — also Konkurrenzfähigkeit durch Lohnruhr. Diesen Weg können wir nicht beschreiten. Darum müssen wir Rationalisierung fordern, auch wenn diese Forderung eine höchst kapitalistische Erscheinung ist. Wir müssen rationalisieren, um dem Arbeitgeber das Argument zu nehmen, die Löhne reduzieren zu müssen. Die Rationalisierung bedeutet für uns keine Erlösung, ist nicht der Weg aus dem Elend; sie bedeutet aber die Gewinnung neuen Bodens auf dem unsere alten Kämpfe mit neuer Kraft ausgetragen werden können. Ein rationalisierter Betrieb kann seine Gesehungskosten auf ein Mindestmaß herabsetzen. Ist aber rationalisiert, wird der große Kampf beginnen, auch Löhne zu zahlen, die dem Arbeiter, ähnlich wie in Amerika, festliche Entlohnungsmöglichkeiten gewährleisten.

Unter Punkt zwei berichtete Kollege Lehmann über den Ausfall der Betriebsrätewahl, deren Durchführung durch die einseitige Krise, durch Kurzarbeit, Entlassungsanträge usw. ganz bedeutend

erschwert wurde. Trotzdem haben von 51 Betrieben 41 Betriebe mit zusammen 10 200 Mann Belegschaft Betriebsvertrittenen gewählt. Von den 10 übrigen Betrieben sind zwei stillgelegt, die acht Betriebe ohne Vertretung beschäftigten nur insgesamt 255 Arbeiter und Arbeiterinnen. Gewählt wurden 268 Betriebsratsmitglieder und Obleute einschließlich der Angestellten. Davon entfallen Arbeiterratsmitglieder auf den Deutschen Textilarbeiterverband 223, andere freie Gewerkschaften 16, den Zentralverband christlicher Textilarbeiter 14, Unorganisierte 2. Angestelltenratsmitglieder auf den Deutschen Textilarbeiterverband 1, U.N.-Bund einschließlich Wertmeisterverband 31, gegnerische Organisationen 7, Unorganisierte 5.

Ueber die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist zu berichten, daß von 13 Firmen, die Stilllegung beantragt hatten, nur zwei Firmen tatsächlich stillgelegt haben, jedoch sind auf Grund der Stilllegungsanträge gegen 500 Entlassungen erfolgt. Die Firma C. O. Hoffmann hat eine beträchtliche Anzahl Arbeiter entlassen, die zum Teil über 50 Jahre dort beschäftigt waren.

Anschließend fanden die Wahlen in die Verwaltungsausschüsse der einzelnen Orte und in die Filialverwaltung statt.

Zum vierten Punkt der Tagesordnung besprach Kollege Richter zunächst die Venderungen im Montelarif betreffs der Urlaubsbestimmungen. Infolge der genehmigten Betriebsstilllegungen sind in den letzten Wochen eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen worden. Die Unternehmer weigern sich, den zur Entlassung gekommenen das Feriengeld zu bezahlen. Die Entlassenen müssen ihren Anspruch auf das Feriengeld beim Unternehmer erheben, um so dem Verband die Möglichkeit zu einer Beschwerde beim Tarifausschuß zu geben. Kollege Richter erludte die Betriebsräte, die Arbeiterklasse darauf aufmerksam zu machen. In seinen weiteren Ausführungen ging Kollege Richter auf den von den Unternehmern in Westfalen geplanten Lohnabbau von 10 Proz. ein. Wenn dies den Arbeitgebern durchzuführen nicht gelungen ist, so trägt das Verdienst einzig und allein die Organisation davon. Ohne Organisation bekämen die Arbeiter seit 9. April 10 Proz. weniger an Lohn. Dies konnte verhindert werden. Innerhalb unserer Filiale befinden sich zwei Strickerereien, die unter die westfälischen Tarife fallen. Mit der Aufforderung an die Betriebsräte, für die restlose Organisation der in den Textilbetrieben Beschäftigten bemüht zu sein, schloß Kollege Richter seine Ausführungen.

In der hierauf einsetzenden Debatte wurden noch verschiedene, die Arbeiterschaft berührende Fragen eingehend besprochen. Gegen 9 Uhr schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Konferenz.

### Berichte aus Fachkreisen.

Landeshut i. Schl. Am Sonnabend, dem 24. April, veranstaltete die hiesige Verbandsfiliale im Kaiseraal zu Ehren seiner Verbandsjubilare, welche eine 25jährige und längere Mitgliedschaft treu bewiesen haben, eine Feier, die ausgefüllt wurde von außerordentlich guten Gesangsvorträgen des Frauenchors und Arbeiter-Gesangvereins, sowie vorzüglichen instrumentalischen Darbietungen des Mandolin- und Lautenchors. Im Mittelpunkt des Festabends stand die Festrede des Verbandsorganleiters, Kollegen Frisch, welcher in kurzen einbringlichen Worten den Lauf und die Entwicklung der hiesigen Verbandsfiliale schilderte und hierbei die Verdienste der geleisteten Jubilare im Kampfe um die Sache für die Textilarbeiter-Landesheute würdigte und zum Vorbild für die nachfolgende Generation erhob. Sodann wurden die vom Hauptortland gestifteten 15 Ehrenurkunden an die Landeshuter Jubilare und Jubilare überreicht. Einige Stunden lang, an dem freudig teilgenommen wurde, bildete den vergnügten Abschluß des Festabends, an welchem leider eine durch die wirtschaftliche Not erzwungene Sparfameit aller Teilnehmer deutlich zu spüren war.

### An im Ausland beschäftigte Seidendrucker. Achtung!

Wegen Lohn- und Arbeitszeitdifferenzen müßten wir über die Firma vorm. A. Clavel und F. Lindenmeier, Basel (Schweiz)

die Sperre verhängen. Die Firma sucht nun im Ausland Seidendrucker, die ohne ihr Wissen als Lohnbrüder gegenüber den hiesigen Kollegen mißbraucht werden sollen. Wir bitten deshalb die Kollegen überall, dahin zu wirken, daß während der Zeit der Sperre kein Drucker in der Schweiz Arbeit annimmt.

Kollegen, übt Solidarität! An den Bronger mit Sperrebrechern, solche werden gleich Streikbrechern behandelt. Für die Gruppe Seidendrucker Basel. Gruß und Handschlag! Schweiz. Textilarbeiter-Verband, Sekretariat Basel.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 16. Mai, ist der Beitrag für die 20. Woche fällig

- Adressenänderungen.**  
Gau Berlin: Magdeburg: V: Rorbert Maier, Schmidtstr. 27.  
M a l c o m: Alle für den Vorliegenden bestimmten Sachen bis auf weiteres an: Hermann Rief, Alter Markt 85.  
Gau Dresden: Rirschau: Briefe an den Geschäftsführer Martin Eßler, N. 47 F.  
Reichenbach i. Vogtl.: Telefon Nummer 2870.  
Wurzten: Scheunert ist zu streichen!  
Gau Stuttgart: Singen a. Hohentwiel
- Waldkirch:** Alle Sendungen sind zu adressieren an: Max Kahle, Damenstr. 1a.  
**Berichtigung:** In Nr. 19 des „Textilarbeiter“ steht unter Gau Stuttgart: Heubisch ist eingegangen. Es muß Heubach heißen!
- Totenliste.**  
**Gestorbene Mitglieder.**  
München. Babette Maier, Bernita Graf, Johann Pilsner, Herrmann Desterle.  
Ostfrik. Ka: Rheine. G: G h r e

### Das berühmte Werk von Wilhelm Bölsche, Entwicklungsgeschichte der Natur.

Zwei große Bände mit zahlreichen Tafeln in Schwarz- und Farbendruck und mit ca. 1000 Abbildungen im Text. Statt 20,— nur M. 13,—.

### Darf in seiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Wir gewähren auf Wunsch Teilzahlungen bei Bestellungen im Betrage von M. 10,— aufwärts. Bei Empfang ein Drittel, das zweite Drittel nach 4 Wochen, der Rest nach weiteren 4 Wochen. Da nur eine beschränkte Zahl „Bölsche“ zur Verfügung, empfiehlt sich baldige Bestellung.

### Textil-Praxis, Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Abt.: Buchhandlung. Berlin D. 34, Memeler Straße 8/9.  
Berlin: Karl Hüblich in Berlin, Memeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redakteur Hugo Preußel in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.